

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Gaza-Streifen geöffnet

(spk) Die 700 000 Bewohner des von Israel besetzten Gaza-Streifens dürfen seit Dienstag früh wieder ihr Gebiet verlassen und sich ins eigentliche Israel begeben. Die israelischen Behörden hatten die Grenze nach der Ermordung dreier Juden durch palästinensische Extremisten am vergangenen Freitag geschlossen.

### Israel verschärft Gesetze

Das israelische Parlament hat die Gesetze über Sexualität in der Werbung und über die Heiligung des Sabbats verschärft. In der Nacht auf den Dienstag wurde eine Vorlage verabschiedet, die die Darstellung von Sexualität in der Reklame verbietet. Ein zweites Gesetz gibt den Gemeinden das Recht, am Sabbat Restaurants, Kinos und andere Freizeitzentren zu schliessen.

### Keine Todesstrafe

Die britischen Unterhausabgeordneten haben am Montagabend zum zweiten Mal innerhalb von zweieinhalb Jahren mit grosser Mehrheit die Wiedereinführung der Todesstrafe für Mord abgelehnt. 367 Abgeordnete hatten sich in der Abstimmung am späten Abend dagegen, 182 dafür ausgesprochen. Sowohl Premierminister John Major als auch Innenminister Kenneth Baker hatten sich gegen die Wiedereinführung ausgesprochen.

### Explosionen in Riga

In Riga sind in der Nacht auf den Dienstag vor dem ZK der KP und anderen Parteigebäuden sowie vor dem Sitz des Militärstaatsanwaltes und in der Nähe des lettischen Ministerrats Sprengsätze detoniert. Dies teilte die ständige Vertretung Lettlands in Moskau mit. Es soll der Eindruck erweckt werden, es gebe «unkontrollierte Massenunruhen und Chaos», hiess es in der Erklärung.

### Gegen Autobahngebühr

Im EG-Ausland sind erste Bedenken gegen die deutschen Pläne zur Einführung einer Autobahngebühr laut geworden. Der belgische Verkehrsminister Jean-Luc Dehaene sagte nach einem Bericht der Zeitung «Le Soir» vom Dienstag, er sei von diesem Vorhaben nicht gerade begeistert. «La Libre Belgique» schrieb: «Das deutsche System wird dem der Schweizer ähnlich sein. Dabei gibt es aber grosse Unterschiede.»

## Endergebnis der Bundestagswahl

Berlin (AP) Bundestagswahlleiter Egon Hölder hat am Dienstag in Berlin das endgültige Endergebnis der Bundestagswahl bekanntgegeben. Daraus ergeben sich keine Veränderungen der zuvor schon errechneten Sitzverteilung im deutschen Parlament. Danach erhält die CDU 268 Mandate, die SPD 239, die FDP 79, die CSU 51, die PDS 17 und Bündnis 90/Grüne acht. Hölder verwies besonders auf die geringe Wahlbeteiligung von 77,8 Prozent.

Bei der Bundestagswahl 1987 hatten insgesamt noch 84,3 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Vor allem viele junge Menschen seien nicht zur Wahl gegangen, berichtete Hölder. Das geringste Wahlinteresse hätten Frauen unter 25 Jahren in den östlichen Bundesländern an den Tag gelegt. Von ihnen habe fast nur jede zweite ihre Stimme abgegeben.

Bei den 18- bis 21-jährigen ging die Wahlbeteiligung nach den Zahlen der Wahlleitung von 1983 bis jetzt um rund 16 Prozent zurück.

## Eugen Beck Vorsteher-Kandidat in Planken

FBP-Ortsgruppe möchte bewährte Gemeindepolitik fortsetzen

(s.e.) – Die FBP-Ortsgruppe Planken will den bisherigen bewährten Kurs in der Gemeindepolitik beibehalten. Mit grossem Vertrauensbeweis wurde am Montagabend im kürzlich neu eröffneten Drei-Schwester-Haus der bisherige Vorsteher Eugen Beck und eine starke, ausgewogene Mannschaft für die kommende Legislaturperiode nominiert.

Die Nominationsversammlung der FBP-Ortsgruppe Planken in der stimmungsvollen und heimeligen Atmosphäre des erst kürzlich eröffneten Drei-Schwester-Hauses erfreute sich eines grossen Aufmarsches. Rein zahlenmässig bekundeten dabei weit mehr Frauen als Männer ihr Interesse an der Gemeindepolitik. Die vom bewährten Obmann Anton Nägele äusserst speditiv geführte Versammlung sprach sich für eine Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Gemeindepolitik unter Vorsteher Eugen Beck aus und portierte diesen mit einstimmigem Vertrauensbeweis als Vorsteher-Kandidaten für die Gemeindevahlen 1991. Zusammen mit ihm stellt sich ein starkes und ausgewogenes Team von zwei Frauen und vier Männern den Gemeinderatswahlen.



Ortsgruppenobmann Anton Nägele gratuliert Vorsteher Eugen Beck zur nochmaligen Nominierung für das Vorstereamt. Links FBP-Parteipräsident Emanuel Vogt, rechts Landtagspräsident Josef Biedermann. (Bild: R. Korner)

Vorsteher Eugen Beck strich in einer Bilanz die Sanierung der Dorfstrasse und den Um- und Anbau am Drei-Schwester-Haus als wichtigste Projekte in den

vergangenen vier Jahren hervor und setzte Sparmassnahmen als Prioritäten für die kommende Mandatsperiode 1991–94.

(Mehr darüber auf Seite 5)

## Über ein Milliarde Franken Erwerbseinkommen

Das Amt für Volkswirtschaft veröffentlichte das Statistische Jahrbuch 1990

(G.M.) – Im Fürstentum Liechtenstein belief sich das Erwerbseinkommen im letzten Jahr auf über eine Milliarde Franken. Dies geht aus dem Statistischen Jahrbuch 1990 hervor, das vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlicht wurde. Das Jahrbuch ist die Hauptpublikation der amtlichen Statistik und gibt einen umfassenden Überblick über die demographische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Entwicklung im Fürstentum Liechtenstein. Der Sammelband enthält die Zusammenfassung der in periodischen Abständen veröffentlichten Statistiken über Spezialgebiete.

Die Wohnbevölkerung Liechtensteins wird am 31. Dezember 1989 mit 28 452 Personen angegeben, wovon 10 354 Einwohner ausländischer Nationalität sind. Der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung beläuft sich nach diesen Angaben auf 36,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Unter den Ausländern, die in Liechtenstein wohnhaft sind, befinden sich 4464 Schweizer, was einem Anteil von 43 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Mit österreichischer Nationalität werden 2186 Personen oder 21,1 Prozent registriert, Deutsche wohnen 1050 Personen oder 10,1 Prozent in Liechtenstein. Allein aus den drei Staaten Schweiz, Österreich und Deutschland

haben 7700 Personen ihren Wohnsitz in Liechtenstein, womit der Anteil der deutschsprachigen Ausländer 74,3 Prozent beträgt.

### Liechtensteiner im Ausland

Neben der liechtensteinischen Wohnbevölkerung von 18 098 Personen, die in Liechtenstein wohnhaft sind, weist die Statistik 2915 Liechtensteiner auf, die im Ausland ihren Wohnsitz haben. Davon halten sich 2674 Liechtensteiner in Europa, 178 in Amerika, 32 in Afrika, 18 in Asien und 13 in Australien auf. Von 2674 Ausland-Liechtensteinern in Europa haben 1688 ihren Wohnsitz in der Schweiz, 670 halten sich in Österreich und 157 in Deutschland auf.

### Hohe Beschäftigtenzahl

Mit 13 764 erwerbstätigen Einwohnern bei einer Gesamtbevölkerung von 28 452 Personen weist Liechtenstein eine hohe Beschäftigtenquote auf. Insgesamt werden im Fürstentum Liechtenstein jedoch 19 296 Arbeitsplätze angeboten, die nur mit dem Einsatz von 6482 Grenzgängern aus der Schweiz und Österreich besetzt werden können. Die Grenzgänger aus der Schweiz sind vor allem in der Industrie und in den Handwerksbetrieben (1403) tätig sowie bei Banken und Handelsfirmen (456) und anderen Dienstle-

stungsbetrieben (151). Bei den österreichischen Grenzgängern liegt der Anteil der in der Industrie beschäftigten Personen mit 2956 noch höher, während die 455 bei Banken und Handelsunternehmen beschäftigten Personen ungefähr gleich viel ausmachen wie aus der Schweiz.

### Grosses Erwerbseinkommen

In Zusammenhang mit dem grossen Angebot an Arbeitsplätzen steht auch das Erwerbseinkommen. Seit 1954, seit diese Angaben erhoben werden, stieg das gesamte registrierte Erwerbseinkommen erstmals über eine Milliarde Franken an. Mit 1010 Mio. Fr. liegt der Einkommensbestand um 7,1 Prozent über der Vorjahreszahl. Aus der Statistik wird ersichtlich, dass das Total des Erwerbseinkommens seit 1954 ohne Unterbruch jedes Jahr eine Zunahme erfahren hat. Während die Leistungen der gewerblichen Wirtschaft nicht erhoben werden, existiert über die Industrie-Exporte eine Statistik. Im letzten Jahr wurden wertmässige Ausfuhren von 2146,9 Mio. Fr. registriert, was um 14,5 Prozent über den Vorjahresziffern liegt. Das Brutto-Inlandprodukt wird nominell auf 1700 Mio. Fr. geschätzt, womit im Durchschnitt rund 90 000 Fr. pro Beschäftigten entfallen.

## USA rüsten für den Ernstfall

Erstmals seit 30 Jahren Veteranen aktiviert – Rückzug oder Krieg

Washington/Brüssel (AP) Die USA rüsten sich weiter für den Ernstfall im Golfkonflikt: Erstmals seit dem Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 reaktivieren sie im Ruhestand lebende ehemalige Militärangehörige. Es handelt sich dabei um ärztliches Personal, wie am Montag bekannt wurde.

Am gleichen Tage bekräftigte Präsident George Bush, dass Irak nur die Wahl zwischen dem vollständigen Rückzug aus Kuwait oder einem Krieg habe. Aussenminister James Baker sagte in Brüssel, die USA seien nicht gegen Friedensbemühungen der europäischen Verbündeten am Golf.

Die Regierung der Vereinigten Staaten intensivierte am Wochenbeginn ihre Bemühungen mit dem Ziel, den irakischen Präsidenten Saddam Hussein vor Hoffnungen zu warnen, er könne auf einen nur teilweisen Abzug aus Kuwait und dabei auf eine abgezogene Geschlossenheit der westlichen Partner setzen. Präsident Bush bat die Botschafter der 28 Staaten

in Washington zu sich, die seit der irakischen Invasion Kuwaits am 2. August militärische Einheiten in die Krisenregion geschickt haben. Er sagte bei dieser Gelegenheit: «Niemand von uns will den Krieg, aber niemand von uns hat die Absicht, eine Teillösung zu akzeptieren. Es kann und wird keine Verhandlungen über Konzessionen und keine Belohnung für Aggression geben.» Das Mandat für die Anwendung militärischer Gewalt gegen Irak müsse «genau nach Plan» wahrgenommen werden, wenn sich Saddam nicht bis zum 15. Januar, an dem das vom Weltfriedensrat gestellte Ultimatum abläuft, zurückziehe.

Der amerikanische Minister Baker sagte am Dienstag auf dem Weg zur abschliessenden Sitzung der Aussenministerkonferenz der NATO in Brüssel, die USA seien nicht gegen Gespräche zwischen europäischen Staaten und der irakischen Regierung über Möglichkeiten einer Friedenslösung am Golf.

## Lohntüten sind 1991 schwerer

Bern (AP) Rund 16 Milliarden Franken werden im kommenden Jahr zusätzlich in die Schweizer Lohntüten purzeln. Abgesprochen ist mit wenigen Ausnahmen in etwa der Ausgleich der Teuerung, oft kommt aber auch noch etwas Reales dazu. Unüberschaubar ist einmal mehr der Trend zu individuellen Lohnerhöhungen, wie eine AP-Umfrage zum Abschluss der Lohnrunde 1990/91 ergab. Der Gewerkschaftsbund hält das Resultat der Lohnrunde für befriedigend; nicht selbstverständlich ist es für den Arbeitgeber-Zentralverband.

Die Lohnsumme wird sich im kommenden Jahr von 190 um 8,5 Prozent auf rund 206 Milliarden Franken erhöhen, wie das Bundesamt für Konjunkturfragen (BFK) schätzt. Diese Zahl basiert auf einer angenommenen 6,5 prozentigen Teuerung, einer mittleren Reallohnerhöhung von einem Prozent und einer im Laufe der Jahres bezahlten einprozentigen Zuwendung. Für einen grossen Teil der Arbeitnehmer wird damit zumindest die Teuerung voll ausgeglichen.

## Regierungschef Hans Brunhart in Brüssel

(pafl) – Am Mittwoch, 15. Dezember, findet in Brüssel das EG/EFTA-Ministertreffen statt, an dem die Aussen- und Wirtschaftsminister der zwölf EG-Mitgliedstaaten und der sieben EFTA-Länder den bisherigen Verlauf der EWR-Verhandlungen einschätzen wollen. Das Treffen soll insbesondere dazu dienen, das schon Erreichte festzuhalten sowie Richtlinien für die weitere Behandlung offener Fragen zu vereinbaren. Es wird erwartet, dass das Ministertreffen zu einem fruchtbaren Impuls und zu einer politischen Willensbekräftigung im Hinblick auf die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes werden wird.

Liechtenstein wird an diesem Treffen durch Regierungschef Hans Brunhart vertreten sein. Er wird begleitet von S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein, von Botschafter Dr. Benno Beck, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, und von Dr. Andrea Willi, diplomatische Mitarbeiterin beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten.

## Amnesty klagt Irak an

Bern (AP) Die irakische Regierung hat nach Information der Menschenrechtsorganisation Amnesty International Hunderte von Kuwaitis gefoltert und getötet. Tausende seien zudem nach der Invasion gefangen genommen worden, heisst es in einem am Dienstag veröffentlichten AI-Bericht zur Situation in Kuwait. Die Plünderung medizinischer Apparaturen durch die irakischen Streitkräfte in Kuwait City habe zum Tod von mindestens 300 frühgeborenen Babies geführt.

Folter, willkürliche Inhaftierung und Hunderte in Haft «verschwendener» oder hingerichteter Menschen kennzeichneten die Situation in Kuwait auch nach der Freilassung westlicher Geiseln durch den Irak, heisst es im Bericht weiter. Junge Kuwaitis seien vor den Häusern ihrer Eltern extralegal hingerichtet worden, weil sie sich der «Irakisierung» ihres Landes widersetzen, weil sie kuwaitisches Geld bei sich trugen oder sich weigerten, Saddam Hussein als Herrscher zu anerkennen. Andere seien getötet worden, weil sie aus Kuwait fliehen wollten oder sich der Plünderung medizinischer Einrichtungen widersetzen, wie AI weiter berichtet. Die Organisation kennt nach eigenen Angaben die Namen von etwa 1 000 Menschen, die gefangen genommen worden sind.

## Papst warnt vor Fundamentalismus

Rom (AP) Papst Johannes Paul II. hat in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag der katholischen Kirche am 1. Januar jeder Form von Fundamentalismus eine Absage erteilt. Dieser führe leicht zu religiöser Intoleranz bis hin zur völligen Verneinung der Meinungsfreiheit und stelle damit eine ernste Bedrohung des Friedens dar, schrieb der Papst in seiner am Dienstag in Rom veröffentlichten Botschaft. Die Staatsmänner der Welt rief das Oberhaupt der katholischen Kirche auf, in ihren Ländern die Gewissensfreiheit zu garantieren und die Rechte von Minderheiten zu schützen.

## DENNER-Satellit

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.